

Zeitschrift: ZeitBild
Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut
Band: 29 (1988)
Heft: 25

Artikel: Die schiefe Gegenseitigkeit
Autor: Gorski, Bohdan
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-1094278>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 18.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Die schiefe Gegenseitigkeit

Die Erdbebenkatastrophe in Armenien übersteigt das politische Geschehen, zu welchem dieser Beitrag geschrieben worden ist. Zu den Opfern gehören auch Flüchtlinge aus Aserbaidschan, die Rettung in ihrem Mutterland gesucht hatten, aber dieser grausige Schlusspunkt liegt ausserhalb menschlicher Verantwortlichkeit.

Die Auseinandersetzung zwischen Armeniern und Aserbaidschanern wird von einer Fiktion überlagert, die keine Lösung verspricht, weil sie von der falschen Voraussetzung ausgeht, dass hüben und drüben einander aufgeputschte Nationalisten gegenüberstünden, beide gleicherweise schuldig am Blutvergiessen. Natürlich wird es angesichts des blindgewordenen Hasses genügend personelle Beispiele für eine solche Gegenseitigkeit geben, aber was daran nicht stimmt, ist die vermeintlich logische Gesamtbeurteilung, denn die Wirklichkeit erheischt eine Unterscheidung. Das armenische Volk begehrt gegen ein historisches Unrecht auf, das bis in die Gegenwart anhält, und bei den Aserbaidschanern gibt es eine völkische Empörung darüber; das eine ist dem andern ganz und gar nicht gleich.

Der neue Ausbruch der Gewalt wurde durch unterschiedliche Ereignisse ausgelöst, deren kumulative Wirkung darin bestand, die Leidenschaften zu entfesseln.

Am 18. November verurteilte das Oberste Gericht in Moskau den 22jährigen Aserbaidschaner Achmed Achmedow zum Tode, als einen Anstifter des antiarmenischen Pogroms von Sumgait im Februar. Das Urteil stiess jenseits des Kaukasus auf allgemeine, wenn auch gegenteilig bedingte Entrüstung. Die Aserbaidschaner entrüsteten sich über einen geplanten Justizmord an einem der ihren, und die Armenier entrüsteten sich über einen Vertuschungsskandal. Für sie war der Verurteilte ein unmassgeblicher Mitmörder, den man unter Schonung der wirklichen Drahtzieher zum Sündenbock gemacht hatte.

Ein zweites Motiv betraf das rückgängig gemachte Bauprojekt eines Aluminiumwerkes in Karabach, der armenischen Exklave in Aserbaidschan. Ein armenisches Staatsunternehmen hatte die Fabrik im Topschanawald bei der Ortschaft Schuscha geplant, in sowjetüblicher Weise zweifellos unbelastet

von ökologischer oder historischer Rücksichtnahme. Das Projekt hatte nicht den geringsten behördlichen Anstoss geweckt, weder in Baku noch in Jerewan oder Moskau. Aber nun ist man in Baku plötzlich darauf gekommen, dass es umweltbedrohend sei und an einer nationalen Gedenkstätte der Aserbaidschaner zu stehen komme. Mit dieser Begründung hat man die bereits erteilte Baugenehmigung zurückgenommen. Als Begleitmusik dazu verbreitete man die Version, Jerewan habe mit dem Bauvorhaben nichts anderes bezweckt, als noch mehr Armenier nach Karabach einzuschleusen.

Ein drittes «Ereignis» schliesslich bestand aus einem Gerücht. In Aserbaidschan verbreitete sich die «Nachricht», Moskau beabsichtige die Eingliederung von Karabach in die RSFSR (Russische Föderation), und der angeblich geplante «Gebietsraub» (an sich wäre so etwas wenigstens als einstweilige Lösung nicht einmal das dümmste gewesen) erhitzte die Gemüter.

Das führte in Baku zu anschwellenden Kundgebungen. Am 19. November 30 000 Demonstranten, am 20. November 100 000 und soweit bis zur ungefähren Million am 25. November. Symptomatische Slogans: «Freiheit für Achmed Achmedow! Nieder mit dem Bau von Schuscha (... als ob er stünde)! Karabach bleibt bei Aserbaidschan!»

Ab 21. November schwappten die Unruhen ins Landesinnere über. Aber während man in Baku die armenisch bewohnten Quartiere und Häuser von Anfang an unter den Schutz von eigens dorthin beorderten Sicherheitskräften gestellt hatte, fehlten entsprechende Vorkehrungen andernorts völlig, und das Ergebnis in Kirowobad, Naschitschewan und Agdam war grauenhaft.

In Kirowobad (Nordwestaserbaidschan) setzten die Pogrome schon am 21. November ein, und erst als Meldungen über öffentliche Lynchmorde, über zerstückelte und verstümmelte Armenier, über brennende Häuser und Autos an die Öffentlichkeit gelangt waren, rückten Panzerverbände des Innenministeriums (MWD) in die Stadt ein, am 24. November. Noch schlimmer war die Situation in ländlichen Gegenden, wo sich lokale Bürgerwehren gebildet hatten, die mit verblüffender Leichtigkeit zu ihrer Bewaffnung kamen.

Im gesamten Krisenverlauf war es auffällig, wie wenig die Sowjetmacht sich durchzusetzen vermochte, es sei denn auf dem Sektor der Geheimhaltung, die wieder fast so funktionierte wie in den Vorglasnostzeiten. Moskau orientierte - dünn genug - wenigstens über einige Tatsachen, während das amtliche Baku das Informationsfeld den Gerüchten überliess, die ihrerseits armenische Schandtaten kolportierten und zu «Strafaktionen» reizten.

Die Staats- und Parteiverwaltung versagte sowohl regional als auch zentral.

Die regionalen (und lokalen) Behörden ersparten sich jeden rechtzeitigen eigenen Beschluss, der den Ausbruch der Gewalt noch im Keime hätte ersticken können. Wie in den besten Zeiten der «Stagnationsperiode» wartete man auf die Anweisungen von oben, und bis dahin standen die Häuser der Armenier schon in Flammen.

Die zentralen Behörden weigerten sich, auf die Ursachen der offenen Gewalt seit einem Jahr einzugehen. Sie spielten den Konflikt als solchen zum nationalistischen Getue herunter und spielten dafür das armenische Begehren nach Gerechtigkeit zur feindlichen Betätigung gegen Staat und Gesellschaft auf, was nicht einmal als Symptombehandlung gut war. Mit einem blossen «Gebt Ruhe dort unten, alle beide!» ist es da nicht getan. Wer den Anspruch auf die gesamtsowjetische Erbschaft erhebt, hat ihren Zustand auch dann zu verantworten, wenn er ihn nicht herbeigeführt hat; sonst muss er die Erbschaft ausschlagen.

In der Auseinandersetzung zwischen Armeniern und Aserbaidschanern sind die jeweiligen Motive von unterschiedlicher Beschaffenheit.

Da sind einerseits die Armenier. Ihre Forderungen beschränkten sich die ganze Zeit über grundlegend auf die Eingliederung von Nagorni Karabach in die Armenische SSR. Ihre diesbezüglichen Emotionen wurden durch eine jahrzehntelange Diskriminierungspolitik genährt, der die dortigen Armenier ausgesetzt waren.

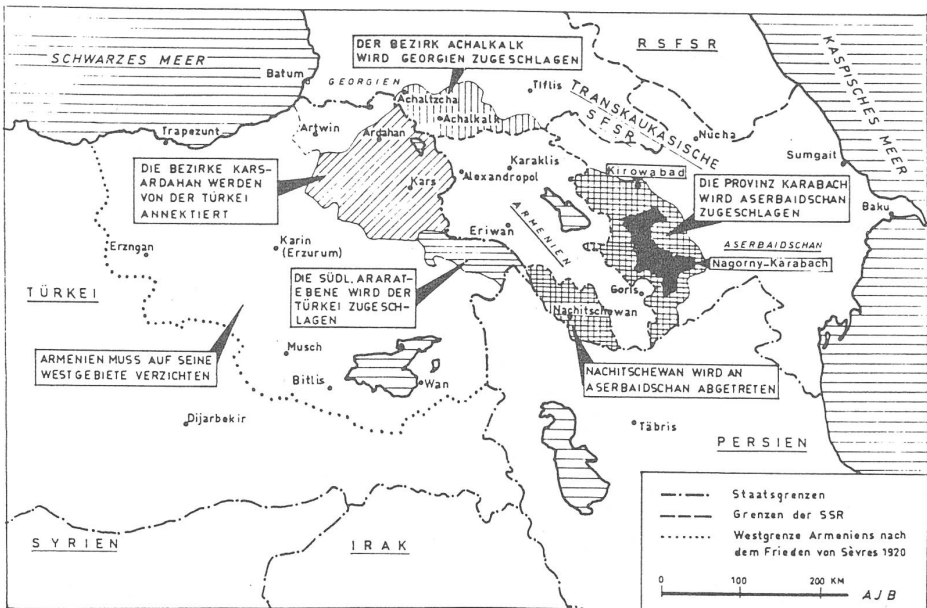
Da sind andererseits die Aserbaidschaner (oder die Aseri oder die Aseri-Türken oder - in der armenischen Umgangssprache - einfach die «Türken»). Für sie wurden die armenischen Begehren zum Anlass, ihren

LIEBE LESER

Die Erdbebenkatastrophe von Armenien hat als elementare Tragödie ein Ausmass, welches die Frage nach der politischen Einbettung zurückdrängt. Indessen ist sie real von Gewicht, nicht zuletzt für die Opfer selbst.

Die Welle der internationalen Solidarität mit den betroffenen Armeniern hatte und hat in allererster Linie einfach die menschliche Substanz angesichts eines solchen Geschehens, und dass man zuvor ein spezielles Sensorium für die Armenier entwickelt hatte, spielte höchstens auch noch eine Rolle. Dass sich hingegen die internationale Solidarität helfend an Ort und Stelle auswirken konnte, war der Tatsache zu verdanken, dass die UdSSR erstmals eine Aktion dieser Art auf ihrem Territorium zulies, eine eminent politische Gegebenheit, die allein aus der neuen Situation heraus zu verstehen ist, welche die Perestrojka als Gesamtsache hervorgebracht hat. Dass Equipen aus den USA und aus Israel ohne Vorbehalt willkommen geheissen wurden, ist ein gültiges Zeichen dafür, und dass zum Beispiel auch polnische Kirchenspenden einflossen, die bis anhin mit äusserer Unterstützung den eigenen Landsleuten in ihrer Bedürftigkeit galten, ist ein weiteres Zeichen. Annahme von Hilfe heisst Abnahme von Feindbehandlung, und dass sich dieses Verhalten in einer Ausnahmesituation durchaus plausibel in die insgesamt veränderte politische Grosswetterlage einpasst, macht den Einzelfall um so viel besser.

Politische Gegebenheiten haben gleichzeitig auch andersherum eine Rolle gespielt, und das ist ebenfalls ein Faktum. Dass Flüchtlinge aus dem benachbarten Aserbaidschan ums Leben kamen, hat mit sämtlichen Dingen zu tun, welche die Fluchtwelle direkt und indirekt verursacht haben, die langjährige Stauung ungelöster nationaler Probleme miteingeschlossen. Wieweit die Naturkatastrophe wenigstens zur Besinnung hilft, bleibt angesichts widersprüchlicher Indizien tatsächlich offen. Mit Sicherheit hat es Beileidsbezeugungen der amtlichen Instanzen aus Baku gegeben, und dem Vernehmen nach hat es in Baku auch eine Freudenkundgebung aserbaidschanischer Studenten gegeben. Und in den Erdbeben Tagen selbst hat man in Jerewan noch Mitglieder des Karabach-Komitees festgenommen. Soll man sich darüber entrüsten, dass das Komitee auch jetzt noch seine Aktivitäten fortführt, oder darüber, dass die Polizei auch jetzt noch damit beschäftigt ist, die Aktivitäten des Komitees zu unterbinden? Besser ist es, sich ohne Entrüstung der Tatsache zu stellen, dass die politische Problematik auch durch einen Erdstoss von tragischem Ausmass nicht zu beseitigen ist. Die Betroffenheit äussert sich bei solchen Gelegenheiten vorbehaltlos, aber die Vorbehalte sind damit nicht überwunden. *Christian Brügger*



Karte: J. Karnusian, Gstaad

lange unterdrückten national-religiösen Gefühlen freien Lauf zu geben. Bei ihren Strassenkundgebungen sah man grüne Fahnen des Islams und einzelne Porträts von Khomeiny. Zu den treibenden Kräften der Demonstrationen gehören islamische Bruderschaften wie Tarikar oder die religiöse Erneuerungsbewegung «Islam Sulejmanli Nurtschuluk». Das gibt der Auseinandersetzung eine Dimension, die den bloss kaukasischen Rahmen sprengt.

In Aserbaidschan ist ein ganzes Syndrom von Gefühlen zum Ausbruch gekommen. Seine Opfer hat es bei den Armeniern gefunden, die im wahrhaftigen Brennpunkt stehen. Sie haben, ähnlich wie die Juden, in ihrer Geschichte oft die Rolle von Prügelknaben gespielt, ein Kapitel, das man zu früh für abgeschlossen hielt. Mit zu den Resentiments beigetragen hat vielleicht die Tatsache, dass in Aserbaidschan auch Parteimitglieder armenischer Herkunft durchaus in Spitzenpositionen gelangen konnten. Sie waren dann den armenischen Gemeinschaften entfremdet, gaben aber der sonstigen Bevölkerung trotzdem das Gefühl, man müsse sich von den Armeniern kujonieren lassen.

Es trifft zwar zu, dass bei den Unruhen sowohl Aserbaidschaner als auch Armenier getötet wurden, aber erstens war die Zahl der armenischen Opfer grösser, und zweitens ist ein zusätzlicher Unterschied einzusehen. Die meisten armenischen Opfer wurden von rabiat gewordenen Aserbaidschanern umgebracht, wogegen die aserbaidschanischen

Opfer fast immer unter dem Feuer von Sowjettruppen fielen, die in das Gemetzel eingriffen. Ferner griff die randalierende Menge in Korowobad und Naschtschewan auch Parteigebäude an, die besser verteidigt sind als armenische Wohnhäuser.

Für Moskau ist der Konflikt ein unangenehmer Augenöffner für die Tatsache, dass die historische Feindschaft zwischen den Armeniern und den Turkvölkern nicht nur Richtung Westen spielt. Man hat immer dergleichen getan, als sei das türkische Massaker von 1915 an den Armeniern ein Verbrechen, das allein das türkische Staatswesen und «seine» Armenier betreffe. Aber in Wirklichkeit war es nur der Höhepunkt etlicher Pogrome, die von den Turkvölkern verübt wurden, eine von der sowjetischen Geschichtsschreibung verschwiegene und von der restlichen Welt vergessene Tatsache. Den Sowjets konnte es nur recht sein, wenn man das Motiv vom Armenier-Genozyd ausschliesslich mit dem späteren Nato-Land assoziierte, und die westlichen Bewusstseinsbildner machten wie üblich mit.

Heute stellt die Bildung einer nationalen Flüchtlingskommission, die sich mit 250 000 innersowjetischen Flüchtlingen befassen muss, ein Eingeständnis dar, zu welchem sich die artikulierte Nationalitätenpolitik immer noch nicht bequemen will. Inzwischen sind die Flüchtlinge aus Aserbaidschan in das armenische Erdbeben geraten, und das nun ist eine Tragödie, für die kein Mensch die Schuld hat. ■